



# Mehr Mut für einen reformorientierten Zukunftsdialog

## Vier Forderungen der EBD zum Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas

Positionspapier der zuständigen Expertinnen und Experten aus dem EBD-Vorstand auf Basis der EBD-Politik

**Die Covid-19-Pandemie hat wie die vorherigen Krisen gezeigt, dass europäische Zusammenarbeit wichtiger denn je ist, die Europäische Union (EU) jedoch nur bedingt auf gemeinsame Herausforderungen rasch und angemessen reagieren kann. Wir fordern daher die Chance der Konferenz zur Zukunft Europas zu nutzen, die EU in einem breiten und ergebnisorientierten Dialog zukunftsfest zu gestalten.**

Unter der Überschrift „*Neuer Schwung für die Demokratie in Europa*“ hatte Ursula von der Leyen 2019 im Europaparlament eine große Zukunftsdebatte versprochen und sich für grundlegende Reformen bis hin zu Vertragsänderungen offen gezeigt. Nach mühsamen Verhandlungen über das Mandat wird die Konferenz zur Zukunft Europas nun konkret. Als Europäische Bewegung Deutschland haben wir den Prozess von Beginn an begleitet und die Einigung auf eine Gemeinsame Erklärung begrüßt.

Doch setzen wir uns als größtes gesellschaftliches Netzwerk für Europapolitik in Deutschland dafür ein, dass diese Zukunftsdebatte kein folgenloser Bürgerdialog bleibt. Die Konferenz muss notwendige Reformschritte initiieren, ein gemeinsames Verständnis über die Zukunft Europas schaffen und Verhandlungsblockaden zu Kernthemen der europäischen Integration lösen.

### Unsere Forderungen:

- **Europäische Öffentlichkeit schaffen und Transparenz gewährleisten:** Die Konferenz beruht auf Inklusivität, Offenheit und Transparenz. Um diesen Prinzipien der Gemeinsamen Erklärung gerecht zu werden, sollten nicht nur die europäischen Bürgerforen, sondern auch weitere Aktivitäten, wie die des Plenums, online in allen Amtssprachen der EU übertragen werden und alle Beiträge und Dokumente online verfügbar sein. Für alle Beteiligten und Außenstehenden muss in jedem Prozessschritt nachvollziehbar sein, wieso und nach welchen Kriterien Vorschläge aus den Foren und Veranstaltungen im Plenum verworfen oder angenommen werden. Hier steht besonders der Exekutivausschuss in der Pflicht. Zudem appellieren wir an die Medien, den Dialog prominent zu begleiten und kommentierte Übertragungen in den EU-Amtssprachen zu ermöglichen.
- **Reformen anstoßen und Vertragsänderungen ermöglichen:** Alle Konferenzparteien sollten sich dem Vorschlag des Europaparlamentes anschließen und sich selbst verpflichten, die Konferenzergebnisse in greifbare Reformen umzusetzen. Eine schlichte Zuhör-Übung und die

derzeitige Verpflichtung, dem Ergebnis nur unter uneingeschränkter Achtung der Zuständigkeiten der EU-Institutionen Folge zu leisten, reicht nicht aus. Wichtig ist, dass der Konferenzprozess ergebnisoffen und ohne Tabus angegangen wird, damit er nicht als folgenloser Bürgerdialog zu Enttäuschungen führt. Die Möglichkeiten zur Einleitung von Vertragsänderungen auf Basis von Art. 48 EUV sollten nicht von Beginn an ausgeschlossen werden. Zentral ist daher auch die Rolle des Plenums, in dem alle lt. Art. 48 EUV für Vertragsänderungen zuständigen Institutionen vertreten sind. Die repräsentativen Akteurinnen und Akteure im Plenum sind in der Pflicht, die Eingaben an die Konferenz aufzunehmen, sich mit diesen auseinanderzusetzen und weiterzudenken.

- **Zukunftskonferenz zum Diskussionsverstärker der Europawahl 2024 machen:** Eine Konferenz zur Zukunft Europas, die ohne objektiven Grund bereits im Frühjahr 2022 abgeschlossen sein soll, widerspricht den Ankündigungen eines zweijährigen Dialoges und läuft pandemiebedingt Gefahr, zu einer Digitaldebatte zu werden, die außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung stattfindet. Grenzüberschreitende physische Dialoge müssen jedoch zum Kernbestandteil des Austausches werden. Daher fordern wir, den Ermessensspielraum der Gemeinsamen Erklärung auszunutzen und den Konferenzprozess mindestens bis einschließlich 2023 zu verlängern. Nur dann kann die Konferenz „*neuen Schwung für die Demokratie in Europa*“ holen und zur Themengrundlage für die Europawahl 2024 werden, in der die Richtungsentscheidung zur Zukunft Europas im demokratischen Prozess bei allen Wählerinnen und Wählern zur Abstimmung steht.
- **Beteiligung repräsentativ gestalten:** Dies gelingt insbesondere über die strukturelle Einbeziehung demokratisch verfasster Organisationen. Wir begrüßen, dass gesellschaftliche Kräfte über eigene Veranstaltungen Impulse in den Konferenzprozess einbringen können und zusätzlich über Institutionen, wie den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), im Konferenzprozess eingebunden sind. Ebenfalls müssen bei einer Debatte zur Zukunft Europas die Anliegen junger Menschen Gehör finden. Dafür ist eine starke Einbindung der institutionalisierten Interessensvertretungen junger Menschen zwingend notwendig. Darüber hinaus können Bürgerforen die Beteiligung als ergänzendes Element weiter stärken, wenn diese nach klaren Kriterien, insbesondere nach dem Grundsatz der Repräsentativität, operieren. Umso wichtiger ist, dass sich nicht nur die Europäischen Bürgerforen repräsentativ zusammensetzen, sondern auch die nationalen Bürgerforen, damit alle Gruppierungen, Minderheiten und kritische Stimmen gehört werden. Um die Diskussion zudem in die Breite der Gesellschaft zu tragen, fordern wir, regionale und lokale Akteurinnen und Akteure aktiv einzubinden und eng mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen und dem EWSA zusammenzuarbeiten.

Der tiefe Wertegraben zu Fragen wie Rechtsstaatlichkeit, Migrationspolitik und einer (geschlechter-)gerechten Gesellschaft wie auch die Notwendigkeit der demokratischen und strukturellen Weiterentwicklung der EU erfordern eine offene, breite und vor allem ergebnisorientierte Debatte zur Zukunft Europas.

Daher wird die EBD die Konferenz zur Zukunft Europas in Deutschland auf nationaler wie auch regionaler Ebene gemeinsam mit ihren Landeskomitees und Mitgliedsorganisationen kritisch begleiten. Im Bundestagswahljahr 2021 möchten wir eine breite Debatte zu Deutschlands Zukunft mit der EU entfalten und die Konferenz zur Legitimationskraft machen, an deren Ende nicht nur Worte, sondern sichtbare Reformen für ein demokratisches und zukunftsfestes Europa stehen.

# Konferenz zur Zukunft Europas

Gemeinsame Erklärung

#EBDGraphik

